

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD

**zur Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung
zum Wirtschaftsgipfel Bonn 1985 und zu den Staatsbesuchen von Präsident Reagan
und Ministerpräsident Nakasone**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Embargoentscheidung der Regierung der Vereinigten Staaten gegen Nicaragua hat die politische Lage in Mittelamerika wesentlich verschärft und die Gefahren für den Frieden vergrößert. Europa und insbesondere die Bundesregierung sind angesichts dieser Lage verantwortlich dafür, daß alles getan wird, um dieser gefährlichen Entwicklung Einhalt zu gebieten.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,

1. die Bemühungen der Contadora-Staaten um eine friedliche Beilegung der Krise tatkräftig und vorbehaltlos zu unterstützen;
2. den von der Europäischen Gemeinschaft auf der Konferenz ihrer Außenminister in San José im Herbst 1983 gewählten Weg konsequent weiterzugehen;
3. die seit Anfang 1983 eingefrorenen Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit mit Nicaragua freizugeben und die Zusammenarbeit verstärkt fortzusetzen;
4. auf die Regierung der USA mit dem Ziel einzuwirken, das auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland gegen Nicaragua beschlossene und bekanntgegebene Embargo wieder aufzuheben und den Dialog von Manzanillo fortzusetzen.

Bonn, den 14. Mai 1985

Dr. Vogel und Fraktion

